

Gegenstand: **Fortführung der Digitalstrategie („kleine Lösung“)**
Vorlage: **0447/2025**

Frau Threin (SGL Digitale Verwaltung) erläutert anhand von zwei Präsentationen, die dieser Teilniederschrift beigelegt sind, [das geplante Konzept](#) und gibt eine umfassende [Übersicht über alle Verwaltungsprozesse](#), die seitens der Stadtverwaltung bereits in digitaler Form angeboten werden.

Frau Keller-Mehlem (UfS) erkennt eine zutreffende Zusammenfassung des Beratenen aus der letzten Sitzung, auch die Positionen der Verwaltung werden erkennbar. Sie fragt nach, ob der digitale Laufzettel zum Stand der Antragsbearbeitung intern eingebunden ist. Die Abfrage dazu wird laut Verwaltung ebenfalls digital abgebildet.

Die Grünen können laut Frau Dreyer das Konzept mitgehen. Wichtig sei die Motivation der Mitarbeitenden, diese könne man damit sicher mitnehmen. Einen ähnlichen Pragmatismus wünscht man sich auch bei der Klimastrategie.

Herr Vidmayer sieht die SWG schon seit Jahren als Treiber der Verwaltungsdigitalisierung; Vorteil der kleinen Lösung sind nahe Zeithorizonte. Er möchte wissen, in welchen Abständen eine Berichterstattung vorgesehen ist. Die Vorsitzende schlägt vor, wenn „Meilensteine“ gesetzt sind; das Thema Digitalisierung findet sich aber in jeder Sitzung auf der TO. Frau Threin ergänzt, es bestehe auch eine Abhängigkeit von den sog. „Prozess-Sprints“ beim Land; intern rechnet man mit ca. 3 Monaten je Prozess.

Die FDP unterstreicht durch Herrn Oehlmann erneut die Notwendigkeit eines eigenen Ausschusses. Die Politik partizipiert kaum mehr an den Verfahren. Es hatten sich örtliche Unternehmen von außen zur Unterstützung angeboten, diese Möglichkeit wurde nie aufgegriffen. Notwendig sei es, weitergreifend zu denken. Die FDP kann sich schwer vorstellen, dass man das Thema auf diese Art und Weise vorantreiben kann. Er wird sich bei der Abstimmung enthalten, weil er nicht zufrieden mit den Lösungen ist.

Seitens der Vorsitzenden wird darum gebeten, kostenfreie Angebote von Unternehmen gerne nochmals konkret vorzustellen. Man sei allerdings auch an die Verfahren von Bund und Land gebunden.

Frau Holzhäuser hat sich für die CDU bereits in der letzten Sitzung für eine kleine Lösung ausgesprochen, darauf könne man aufbauen. Die damals besprochene halbe Stelle mit der Uni ist mit der sog. kleinen Lösung obsolet geworden.

Herr Oehlmann fordert nochmals, man sollte doch ordentlich miteinander arbeiten und 2-3 Mal im Jahr intensiv darüber beraten. Die Vorsitzende erwidert, er solle doch konkrete Erwartungshaltungen definieren. Ein Gremium um des Gremiums willen lehnt sie ab.

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig (bei 1 Enthaltung: FDP), die bestehende Digitalstrategie der Stadt Speyer im Rahmen einer „kleinen Lösung“ fortzuschreiben. Das Sachgebiet Digitale Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit relevanten Akteuren die Strategie zu aktualisieren, Prioritäten für die nächsten 1-2 Jahre zu setzen und einen Fortschrittsbericht vorzulegen. Externe Beratungsleistungen werden nur punktuell und bei Bedarf in Anspruch genommen.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1.2

Gegenstand: Sitzungsprotokollierung mittels KI-gestützter Verarbeitung - Prüfungsergebnis
Vorlage: 0428/2025

Die Vorlage ist dieser Teileniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Müller (Hauptverwaltung) berichtet über die Erfahrung im Umgang mit der KI-Software zur Protokollierung von Sitzungen. Das Ergebnis war überraschend brauchbar. Beim übermittelten KI-Protokoll wurden lediglich die Namen nachbearbeitet, die von der Software z.T. nicht richtig erkannt wurden.

Frau Dr. Heller interessiert sich dafür, inwieweit die KI Dialekte verstehen kann und welcher Aufwand die Nachbearbeitung erforderlich war. Zur Dialektfähigkeit liegen der Verwaltung noch keine Erfahrungen vor, der Nachbearbeitungsbedarf war – wie bereits geschildert – überschaubar. Man kann die Software auch nachjustieren, in welchem Umfang sie die Protokollierung vornimmt.

Die Nachfrage, ob eine menschliche Protokollführung in der Sitzung aber bestehen bleibt, wird seitens der Verwaltung bejaht.

Frau Holzhäuser erkundigt sich nach der Zeitersparnis. Ein herkömmliches Stadtratsprotokoll wird laut Verwaltung in einem Zeitraum von 2-3 Arbeitstagen erstellt. Mit KI reduziert sich der Zeitaufwand auf wenige Stunden für Justierung und Korrekturlesen.

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Fa. SpeechMind einen Vertrag zur Nutzung der Protokollierungs-Software auszuhandeln und die KI-gestützte Protokollierung von Rats- und Ausschusssitzungen probeweise auf den Weg zu bringen.

Nach 12 Monaten soll eine Evaluierung und endgültige Entscheidung über die technik-unterstützte Protokollierung erfolgen.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: **Änderung der Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für die Hilfe- und Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Speyer (FW-Satzung) vom 20.10.2023**
Vorlage: 0435/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass im Zuge der neuen Bezeichnungen die Satzung von Feuerwehrsatzung in „Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für die Hilfe- und Dienstleistungen des Brand- und Katastrophenschutzes (BKS-Satzung)“ erfolgen muss, was bei der Vorlagenerstellung leider übersehen wurde. Zum Stadtrat wird eine angepasste Vorlage erstellt.

Frau Holzhäuser erkundigt sich danach, ob es sich bei der Satzungsänderung ansonsten ausschließlich um redaktionelle Anpassungen handelt. Dies wird verwaltungsseitig bestätigt. Inhaltlich bleibt die Satzung unverändert.

Beschluss:

Der Haupt- und Stiftungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat die beiliegende Änderungssatzung zu beschließen. Die Bezeichnung der Satzung wird geändert in „Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für die Hilfe- und Dienstleistungen des Brand- und Katastrophenschutzes (BKS-Satzung)“

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: **Information über neue Produktziele „Digitalisierung“ ab 2026**

Vorlage: 0444/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt.

Die Vorsitzende kündigt im Laufe des nächsten Jahres eine gesonderte Einladung zur intensiven Diskussion über Produktziele an. Zur Überbrückung werden die vorgeschlagenen Digitalisierungsziele für 2026 herangezogen.

Frau Dr. Heller stellt die digitale Beantragung von Waffen als wichtiges Ziel sowie den Zeitrahmen in Frage. Die Vorsitzende erläutert, dies beziehe sich nur auf die Antragstellung; es werde natürlich auch weiterhin physische Kontrollen geben. Die Zielformulierungen gelten zunächst nur für 2026. Ab 2027 werden andere vereinbart.

Frau Dr. Heller sieht die Digitalisierung grundsätzlich nicht als wichtigstes Problem an, im Vergleich z.B. zur Stadtentwicklung. Hier laufen laut Vorsitzender noch interne Abstimmungen. Frau Dr. Heller schlägt vor, von den Fraktionen einzufordern, selbst Ziele für den Haushalt auszuarbeiten.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Die Vorsitzende nimmt Bezug auf die bevorstehende Ortsbegehung des CVJM-Hauses und des Neubaus der KiTa Regenbogen.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5.1

Gegenstand: **Rahmen- bzw. Übergangsvereinbarung KiTaG RLP; Verhandlungsmandat zur Finanzierung der gebäudebezogenen Kosten der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft**

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss beschließt einstimmig (bei 2 Enthaltungen: AfD)

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit den freien Kita-Trägern aufzunehmen, mit der Absicht, eine vertragliche Regelung zur Bezuschussung der gebäudebezogenen Kosten zu erarbeiten und abzuschließen.

Gegenstand: Entscheidung über Stundungen von Erschließungsbeiträgen

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss beschließt einstimmig:

Die Beschlüsse des Hauptausschusses vom 29.04.2010, bleiben für die Dauer von 5 weiteren Jahren unverändert bestehen.

Parallel dazu wird die Verwaltung beauftragt, mit den Schuldnern Gespräche zu führen, inwieweit Teilrückzahlungen in kleinen Beträgen zinsfrei möglich sind.

**Gegenstand: Grundsatzbeschluss:
Erwerb einer Teilfläche der ehemaligen Kurpfalz-Kaserne**

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: FWS, AFD und 1 Enthaltung: AfD), die Verwaltung zu beauftragen, den Bereich der Kurpfalz-Kaserne auf Grundlage der vorliegenden Wertermittlung anzukaufen.

Gegenstand: Immobilienangelegenheiten

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Bewerber einen Mietvertrag über die Gewerbeeinheit zu schließen.
- 2) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Planung für die Unterbringung von Büros für die Verwaltung in den Obergeschossen weiterzuführen.

7. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer am
28.08.2025

7. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses 28.08.2025 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!